

Merseburger Tageblatt

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatlich 10 Mk., durch Boten bezogen monatlich 11 Mk., bei Postbezug monatlich 11.50 Mk. frei Haus. Erscheint wochentags nachmittags, Einzelnummer 50 Pf. Postfachkonto: Amt Wegweg Nr. 16654. Geschäftsstelle: Hälterstraße 4. Für unentgeltliche Anzeigen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

(Kreisblatt)

Unparteiische

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg
(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger.)
Herausgeber Ludwig Vahle
mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 45

Mittwoch den 22. Februar 1922

162. Jahrgang

Die Finanzkonferenz in London.

Deutsche Sachverständige „eingeladen“.

Berlin, 22. Febr. Wie der „Berl. Post-Bl.“ erfährt, haben maßgebende englische Kreise die Reichsregierung davon in Kenntnis gesetzt, daß sie die Anwesenheit deutscher Vertreter in London sehr gern sehen würden. Die Botschaften, um die es sich hier handelt, seien als Vorbereitung für die Bildung des Syndikats zum Wiederanfang Anstalts aufzufassen. Auf die Einladung hin haben sich sofort deutsche Vertreter nach der englischen Hauptstadt begeben. Unter ihnen befinden sich Staatssekretär Bergmann und Geheimrat Kempner. Die Verhandlungen dürften im Laufe des heutigen Mittwochs beginnen. Die Meldung des „Chicago Tribune“, daß der Hamburger Bankier Axel Warburg sich nach London begeben werde, wird von verschiedenen Seiten bestritten.

Unser Berliner Vertreter erklärt demgegenüber, daß die Einladung der deutschen Regierung zu diesen Verhandlungen, die nach Aussage bestimmt erfolgen sollte, die gestern abend noch nicht eingegangen ist. Fürwahr deutsche Bankiers sind zwar nach London unterwegs, aber nicht in amtlicher Auftrags- und es steht auch noch nicht fest, ob sie zu den Verhandlungen hinzugezogen werden.

Der Streit um Genua.

Frankreich hat nur eine Vertagung beantragt.

Am Dienstag nachmittag hat ein Vertreter der französischen Regierung der Reichsregierung in Berlin eine Note

überreicht, in der die französische Regierung der deutschen offiziell mitteilt, daß Frankreich die italienische Regierung ersucht habe, die Konferenz von Genua zu verschieben. Eine Veröffentlichung des Wortlauts der Note wird am Mittwoch früh erfolgen.

Wie das „Berliner Tageblatt“ hört, wird die Reichsregierung voraussichtlich im Laufe des heutigen Mittwochs eine Kabinetsitzung abhalten, in der sie sich mit der ihm am Dienstag übergebenen Note der französischen Regierung über die Konferenz von Genua beschäftigen wird.

Die Ergebnisse Benechs Londoner Reise.

Seine Zulassung der kleinen Entente zur Sachverständigen-Konferenz.

Berlin, 22. Febr. Die Sachverständigen in London sollen einstig sein über die von Benech und Lloyd George vorgeschlagene Formel für die gegen die Jänner Sowjetrepublik einzunehmende Haltung. Die Anerkennung der Jänner Sowjetrepublik verweigert werden. Man werde ihnen den Versuch eines Zusammenarbeitens mit Europa für eine bestimmte Zeit vorschlagen. Die Frage der Staatsanerkennung werde erst nach Ablauf der Versuchzeit für das wirtschaftliche Zusammenarbeiten untersucht werden.

Der Versuch Benech's, die britische Regierung zur Aufhebung des Vetos gegen die Zulassung der kleinen Entente zu der Londoner Sachverständigenkonferenz zu bewegen, ist mißglückt.

Tageschronik

Deutsche Finanzsachverständige sind zur Londoner Wirtschaftskonferenz gefahren.

Die Terminfrage der Konferenz von Genua ist noch nicht entschieden.

In den Genfer Verhandlungen scheinen erste Schwierigkeiten entstanden zu sein.

Eine neue französische Statut in Petersburg.

Es wird weiter für einen deutschen Offenbacherstreik gearbeitet.

In Portugal ist die Revolution ausgebrochen.

Schwierigkeiten in Genf.

Berlin, 22. Februar. Wie verlautet, sind auch am Dienstag keine offiziellen Berichte über die deutsch-polnischen Verhandlungen aus Genf eingetroffen. Mitfragen der maßgebenden Stellen in Berlin haben kein Ergebnis gehabt. Infolgedessen ist ein Sonderkurier der Regierung nach Genf abgegriffen, um sich über den Stand der Verhandlungen zu unterrichten. Man meint, daß sich in den deutsch-polnischen Verhandlungen Schwierigkeiten ergeben haben. — Da hat man wohl nicht ganz unrecht.

Ein neuer Zwischenfall in Petersburg.

Der letzte Ghelwig-Petersdorfer Zwischenfall, der soviel Staub aufgewirbelt hat, ist noch in aller Erinnerung. Nun hat sich am Sonntag, abends gegen 1 Uhr, wiederum im Stadtteil Petersdorf bei Ghelwig ein blutiger Vorfall abgespielt. Drei französische Soldaten (ein Unteroffizier und zwei Mann) kamen aus einem Lokal auf die Straße, wo einige Zivilisten beieinander standen, die, ohne selbst die geringste Veranlassung gegeben zu haben, von den Franzosen so heftig belästigt wurden. Ein französischer Soldat gab auf die Zivilisten einen Schuß ab, ohne zu treffen. Daraufhin begab sich der deutsche Polizeiwachtmeister Räßberg auf die Gruppe zu und forderte die Franzosen in ruhigem Tone auf, auseinanderzugehen und keinen Aufenthalt zu betreiben. Darauf sah der Franzose der zuerst geschossen hatte, ohne weitere Widerrede abermals die Revolver zu ziehen und tötete den Wachtmeister durch einen Schuß in den Kopf. Weiter wird gemeldet: Die drei Franzosen, die den Mord auf dem Gewissen haben, konnten festgenommen

werden, als sie den Versuch machten, die Kaserne zu überklettern. Auch andere französische Ueberrichter haben sich in der letzten Zeit ereignet. So wurde ein Chauffeur, der mit seinem Auto mitten in der Stadt vor einem Konzeptschreiber hielt, von drei französischen Soldaten unter Androhung von Waffengewalt erzwungen, die Soldaten nach Hühner zu fahren. Unterdessen erlitt das Auto eine Panne und konnte nicht weiter fahren. Die Franzosen verpackten den Chauffeur und stießen das Auto in den Gully. Am Abend desselben Tages gingen in Petersburg drei Franzosen an der „Schmiede“ vorüber. Einer von ihnen rief: „Aber Polizei!“ und schlug die Glascheibe der Tür in Trümmer. Darauf knieten sie, wurden aber von Polizeibeamten angehalten und hielten sich ihnen mit gezogenen Seitengewehren gegenüber. Die Beamten mühten die Soldaten laufen lassen.

Die Loslösung des Rheinlandes und die französische Kammer.

Man nimmt kein Blatt mehr von der Wand.

Paris, 22. Februar. In der heutigen Kammeritzung wurde die Debatte über die Budgetmittel für den Wiederaufbau, deren Wiederherstellung Deutschland zufallen sollte, fortgesetzt. Abgeordneter Joseph Barthélemy sprach aus. Wir haben erwartet, daß die verschiedenen Ministerien gehalten werden. England habe dagegen vorausgesehen, daß Deutschland, sich seinen Verpflichtungen zu begähnen, entscheiden werde. Es habe deshalb im Voraus die Handelsliste und die Kolonien wegenommen. Frankreich habe ein Recht auf Reparationen, weil es keine Verantwortung für den Krieg habe. Der Abgeordnete Rouin wies auf die Maßnahmen, die die Regierung zu ergreifen gedenke, um Deutschland zur Zahlung zu zwingen. Politisch könne man sich damit begnügen, daß man die Loslösung des Rheinlandes von Deutschen Reich beugnet. Nach dem Willen des Völkerrechts seien die Rheinländer davon überzeugt gewesen, daß man sie Land annehmen würde. Die Bewohner des Rheinlandes seien Deutschen feindselig. Daraus müßte man Nutzen ziehen.

Die französische Front im Rheinland.

Schiff am Main, 22. Februar. Im Stadgebiet Oberfeld hatte man gegenüber den französischen Offizierswohnungen mit der Errichtung zahlreicher Wohnhäuser für die Zivilbevölkerung begonnen. Die französische Verwaltungsbürokratie hat den Ausbau dieses Quartiers ausdrücklich gewünscht mit der Begründung, daß dann die Offizierswohnungen nicht so allein stünden. Zunahme muß auf französische Anordnungen der Bau der Zivilwohnungen eingestellt werden, da von französischer Seite auf diesen Baugrundstücken werden für die Franzosen anlegen lassen soll und keine Soldaten. Dieser Eintrag der französischen Behörden beweist eine außerordentliche Verschärfung des Wohnungslebens und verursacht der Stadt durch nicht gerechtfertigte große Unkosten. Wiesbaden, 22. Februar. Der Kommandeur des 30. französischen Corps, General Nordaue, der im ehemals königlichen Schloß in Wiesbaden residiert, hat die Fassade des Schloßes unter erheblichem Kostenaufwand mit einer

Die Arbeiter im neuen Polen.

Von beachtenswerter Seite wird uns geschrieben: Es dürfte bekannt sein, daß in den deutsch-polnischen Verhandlungen, die augenblicklich in Genf statt finden, die Lösung der Frage große Schwierigkeiten verursacht, ob es den Gewerkschaftsorganisationen in abgetretenen Teil Ober-Schlesien gestattet werden soll, sich den Berliner Gewerkschaftsorganisationen der Gewerkschaften anzuschließen. Die Polen sind ausgesprochen Gegner davon, sie wünschen nicht, daß die Arbeiter im neu-polnischen Ober-Schlesien unverschiedenen Direktionen durch Gewerkschaften in Zeitsland erhalten. Sie fürchten vor allem, daß durch diesen Anschluß die Arbeiter in Oberschlesien stark genug sein können, sich gegen alle polnischen Pläne zu wehren, vor allem gegen den Plan, die Arbeiter mehr auszunutzen. Es ist nämlich die polnische Ansicht, den Wirtschaftslage auch in Oberschlesien zu befestigen, wie es in Polen bereits nur noch den 10-tägigen Arbeitslohn gibt. 10 Stunden sollen die Bergarbeiter und die Industriearbeiter im polnischen Oberschlesien ihre Arbeit tun. Es ist ganz begründlich, wenn die polnische Regierung reichzeitig alles bereitigt, wenn die Widerstand der Arbeiter gegen diese unsoziale Einrichtung schärfen könnte. Aber es verdient doch darauf hingewiesen zu werden, welche ein Widerstand zwischen heute und gestern in der polnischen Haltung liegt: vor der Abstimmung in Oberschlesien verließen die Polen den Arbeitern das Paradies. Sie verkleinerten jedem, der es hören wollte, daß die Arbeiter in Polen als freie Menschen nach eigenem Willen leben könnten. Heute schon sind nach der Ober-Schlesien gewerkschaften im neuen Zeitsland. Die dortigen Arbeiter gegen die Arbeiter vor, der diese zu Lohnfälligen der polnischen Regierung machen soll. Es setzt sich, daß Polen, nachdem es nun glücklich das empfangene Polen und Westpreußen angebetet hat, sich mit seiner ganzen Kraft auf Oberschlesien zu stützen beabsichtigt, denn hier vermuten die Polen die Quelle des Reichtums, hier glauben sie für den Staatsfiskus Millionen herauszubekommen und die polnische Wirtschaft noch eine Zeit lang durch diese Gelder aufrecht erhalten zu können. Um so mehr soll Oberschlesien erdringen, je härter die Arbeiter rechtlos gemacht werden.

Im Zusammenhang hiermit verdienen einige der letzten Beschlüsse des polnischen Landtages Beachtung: die ein charakteristisches Bild für die Zustände in Polen ergeben. Das Ministerium für Kunst und Kultur soll aufgehoben werden, also befehloß der polnische Landtag. Was sollen die Polen auch mit Kunst und was soll in einem Staat, wo die Korruption derart blüht, die Kultur. Polen braucht keine Kultur. Es will eine Fährer, die an der Krippe sitzen und eine Waffe halten, die zu gehören haben. Ein Land, das für Kunst und Kultur kein Interesse hat, kann unmöglich als moderner Staat gelten. Und dennoch wird dieses Polen von Frankreich, das sich aufhält als der größten Kulturstaat der Welt, geliebt und gehärgelt. Einen harten Schlag hat der polnische Landtag dem Handelsministerium zugefügt, da er beschloß, den Jehnntendtag im Handelsministerium wieder einzuführen. Durch diese Einzelheiten offenbart sich wieder einmal deutlich genug der polnische Charakter, d. h. der Charakter der Führer in Polen, die das Land dazu anzuweisen, ihre eignen Taschen zu füllen, während Arbeiter, Angeleitene, alles, was zur Waffe gehört, unter der Krone gehorchen seine Pflicht tun zu müssen, vom frühen Morgen bis zum späten Abend. Denn es wird auch beim Jehnntendtag nicht bleiben. Die polnische Wirtschaft, die historisch geworden ist, wird auch durch die neuen Gewinne Polens, durch die Vergrößerung des Landes, nicht befestigt. Polen bleibt trotz allem was es war, der Staat der ewig Unzufriedenen, in dem es immer gährt, der Staat, der aber kurz oder lang wieder zusammenbrechen muß, weil ihm der Wille der Intelligenz zum selbstlosen Dienst am Staat und Volk mangelt.

der Umgebung sich gut anpassen dürfen Farbe frisch anstreichen lassen. Auf Grund einer neuen Forderung der französischen Generals soll die Schloßstadt, um möglichst einen leuchtenden, hellen Anblick zu erhalten, die Farben, die bei der Größe des Gebäudes sehr erheblich sind, hat das Deutsche Reich zu zahlen.

Französische Einflüsse in der Fischei.

Wie wir hören, hat der fischeische Finanzminister die Zahlung in fischeischer Währung nach Deutschland verboten und angeordnet, daß für deutsche Lieferungen nur Zahlungen in deutscher Mark zu erfolgen haben. Man erkennt an maßgebender Stelle auch in dieser Maßnahme, die eng zusammenhängt mit der neuerlichen Anwesenheit des fischeischen Ministers Benech in Paris, den französischen Einfluß, der dahin geht, Deutschland den Weg nach dem Osten zu verperren.

Die Streikgefahr bei den Eisenbahnern noch nicht beseitigt.

Berlin, 22. Februar. Das 'Berliner Tageblatt' veröffentlicht eine ausführliche Berichterstattung über den Verlauf der Verhandlungen...

Die für den heutigen Mittwoch angelegten Verhandlungen im Reichsverkehrsministerium mit den Eisenbahnbeamten...

Ausflug der Streikbrecher

Berlin, 22. Februar. In der am Dienstag stattgefundenen Generalversammlung der Ortsgruppe Berlin...

Aus den Reichstagsausschüssen.

Aenderung der Vermögenssteuer. - Auswärtiger Ausfüh. Berlin, 22. Febr. Der Steueranhang des Gesetzes...

Der Reichstagsauschuss für Auswärtige Angelegenheiten tritt heute mittags erneut in Sitzung zusammen.

Die Reichstagsausschüsse des Reichsanwalts...

Die sozialistische Kinderkinderbetreuung in Braunschweig.

Braunschweig, 22. Febr. In der Diensttagung des Landtages wurde die Neubildung der braunschweigischen Regierung...

Revolution in Portugal.

Lissabon, 22. Febr. Nachdem bereits gestern Nachrichten eingelaufen waren, daß die Regierung von Lissabon in Erwartung einer neuen Revolution...

Auch Violette gefeiert.

Rom, 22. Febr. Wittermeldungen zufolge ist auch das Kabinett Violette neuerdings gefeiert.

Neue Unruhe Krawalle in Britisch-Indien.

London, 22. Febr. Den Berichten der Londoner Wälder aus Britisch-Indien zufolge hat dort die Lage wieder außerordentlich ernst.

Aus Stadt und Umgebung.

Die Magistrate rufen auf zu einer in ganz Deutschland stattfindenden Sammlung zu Gunsten der Erwerbsfähigen alten Leute...

von Spenden. Wohlgegend veröffentlichte vor den Auf... 'Unsere alten Leute hungern und darben! In einder unzureichender Kleidung, in schlechten ungeschützten Wohnungen...'

Das Überlebensgesetz

Die für seine Einbringung in erhebenden Gebäuden beginnt. Danach werden folgende Fälle festgestellt: Für Ratgebererwerbungsleistungen, Abweisung und Vertilgung...

Umgehung der Militärrenten.

Die Umgehung der Militärrenten habe beim Postamt in diesem Monat bereits am Sonnabend, den 25. März...

Der Zwangsweis

Die Hauptgeschäftsstelle der Staatsbank befindet sich am 24. Februar Große Ritterstraße 5.

Landverkehrsstellen

Der Reichsverein Verkehrs- und Zweite Landverkehrsstellen. Der Reichsverein Verkehrs- und Zweite Landverkehrsstellen...

Band für drei Volkshilfen

Gestern abend sprach im Band für die drei Volkshilfen Professor Vöhren über das Thema: 'Die 10 Gebote im Lichte der Gegenwart...'...

Bund für drei Volkshilfen

Die 10 Gebote im Lichte der Gegenwart. Die 10 Gebote im Lichte der Gegenwart...

7. Gebot betrifft in Schroff Weise den alttestamentlichen Eigentumsbegriff, den Jesus dann erweitert, ja aufgelöst hat. Ferner, der Hüter heißt, ist im Grunde genommen nur Vermahlung eines Eigentums, der auch die Pflicht hat, die Vermahlung und Glieder an seinem Heiligtum zu haben.

An den Vertrag schloß sich eine lebhaft ausgeführte, in welcher der Redner viel Zustimmung fand. Doch wurden auch von verschiedenen Seiten die Auffassung vertreten, daß ein Vertrag auf die zehn Gebote unzulässig sei...

Die Reichstagsausschüsse

Der Reichstagsauschuss hat mit Rücksicht auf die zu erwartende weitere Freilegerung im Interesse der Kostenersparnis die Freilegerung einer im vorigen Jahre begonnenen Straße...

Erholungsanstalt für Kinder Volkswahlrentner.

Der Reichstagsauschuss vom Voten Kreis beauftragt, aus ihm geeigneten Mittel (Kolonnen, Kindertagesstätten und Parkanlagen) für deutsche Volkswahlrentner...

Regimentsfeier der Angehörigen des ehemaligen 32. Thüringischen Infanterie-Regiments Nr. 32

Nachdem schon viele Vereinigungen von Angehörigen ehemaliger Regimenter kameradschaftlicher Zusammenkünfte abgehalten haben, ist auch bei diesen ein solcher Fall der Bildung...

Ein Zentnal für gefallene Trainatsoldaten.

Zu Ehren und zum Gedächtnis aller im Weltkrieg 1914/18 Verstorbenen der ehem. 1. schiff. Trainatsdivision Nr. 19 und der von ihr aufgestellten Formationen, soll in dem nächsten Standort ein Zentnal...

Ein Zentnal für gefallene 10. Infanterie.

Der Verein ehemaliger 10. Infanterie in Halle beabsichtigt die Errichtung eines Zentnals für gefallene 10. Infanterie in der alten Garnisonstraße...

Das Kreis-Bürgerband.

Das Monatsfest des Vereins für Heimatpflege enthält eine Reihe beachtenswerter Aufsätze wie 'Ein Gang durch das Sennener', 'Zum 100-jährigen Geburtstag vom Rektor Vlod u. a.'

Jahresabschluss des Tages.

Morgen, am 23. Februar, geht die Sonne bereits um 7 Uhr auf (am 1. Februar 7 Uhr 40 Min.) und erst um 11 Uhr 37 Minuten unter (am 1. Februar 4 Uhr 48 Min.), so daß schon ein erheblicher Fortschritt...

Die Besichtigung der Mitt-Deutschen Ausstellung 1922

Dank der Unterstützung, die die Rana, die große Ausstellung des Wiederaufbaues, in allen Kreisen gefunden hat, ist der Erfolg der vom Juni bis September 1922 einjährig stattfindenden Ausstellung für Erziehung, Sozialfürsorge und Arbeit...

Beilage zu Nr. 45 des Merseburger Tageblattes

Mittwoch, den 22. Februar 1922

Zur Befoldungsfrage.

Von Studienrat C. Bratvogel — Magdeburg.

Die bereits fast in Erscheinung getretene Abwanderung kräftiger, vorzugsweise jüngerer, akademisch gebildeter Kräfte aus dem Reichs- und Staatsdienst in die Privatwirtschaft hatte die Reichsregierung zu der Erkenntnis gebracht, daß eine Regelung der Beamtenbefoldung, die zur Abwehrrung der Grundgehälter führe, grundsätzlich abzulehnen sei. So hatte die Neuregelung durch die 3. Ergänzung zum B. D. G. O. vom 21. November 1921 eine Staffelform der Grundgehälter gebracht, die den in wesentlich höherem Alter, nach hohen Aufwendungen an Zeit und Geld zu Wort kommenden Beamten mit akademischer Vorbildung die Genußnutzung brachte, wenigstens zum Teil seine Unkosten und sein Risiko gegenüber den Beamten ohne die kostspielige Vor- und Ausbildung entgelten zu sehen. Die fortschreitende Entwertung des Geldes stellt den Staat immer von neuem vor die Notwendigkeit, den festbefoldeten Beamten vor den Nachteilen des Sinkens der Kaufkraft des Geldes nach Kräften zu schützen. Nach wenigen Wochen waren bereits neue Verhandlungen nötig, die als Ergebnis weitere 20% Feuerungszuschlag zu den ersten zehntausend Mark Grundgehältern und Erhaltungszuschlag brachten. Diese Regelung, die in ihrer praktischen Auswirkung gleichmäßig jedem Beamten die jährliche Zulage von 2000 Mk. bringt, muß in den Kreisen der höheren Beamtenerschaft erneut große Beunruhigung hervorgerufen. Kehrt die Regierung sich von der Erkenntnis der Notwendigkeit ab, den Aufwand an Zeit und Geld so wie die an sich schon höher zu bewertende Arbeit der Beamten der höheren Befoldungsklassen wenigstens einigermaßen zu entgelten, um die Abwanderung weiterer Kräfte in die Privatwirtschaft zu verhindern und für einen kräftigen Nachwuchs zu sorgen? Bedeutet diese letzte Zuhaltung eines gleichmäßigen Zuschlages für die Beamten aller Gehaltsgruppen ein Zugeständnis an die radikalen Gewerkschaften, die eine weitgehende Einbeziehung der Gehaltsätze der einzelnen Gruppen fordern?

Zu der für alle Befoldungsgruppen gleichen Feuerungszulage von 2000 Mark kann die höhere Beamtenerschaft nur ein Wiedererlassen der durch das Gesetz vom 21. November 1921 beschrittenen Bahnen erkliden. Sie kann unter keinen Umständen eine Befoldungspolitik gutheißen, die darauf hinausläuft, die Spannung zwischen den Grundgehältern der einzelnen Befoldungsgruppen zu verringern. Angesichts der neu zu erwartenden Preissteigerung muß eine umfassende Neuregelung der Grundgehälter vorgenommen werden, die die Schädigungen beseitigt, die für die mittleren und oberen Gehaltsstufen durch die

anzusatz wirkende Verringerung der Spannung zwischen den Grundgehältern der einzelnen Befoldungsgruppen eingetreten sind. Bei der Festsetzung der Grundgehälter ist die verschiedenartige Feuerliche Belastung der Dienstbezüge zu berücksichtigen. Der Feuerungszuschlag muß wiedererfüllt entsprechend der auf alle Lebensbedürfnisse auf der Grundlage des uneingeschränkten Verbrauchs vom Juli 1914 zu erweiternden Reichsindexziffer auf einen für alle Befoldungsgruppen gleich hohen Stundenlohn festgesetzt werden. Auf diese Weise wird eine gleichende Gehaltsstaffel erreicht, die sich dem jeweiligen Stand der Feuerung automatisch anschmiegt und die lästigen immer von neuem einsetzenden „Feuerungssaktionen“ mit ihren Begleitererscheinungen erabigt.

Deutscher Reichstag

Berlin, 21. Februar 1922.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst 13 kleine Anfragen.

Abg. von Schöch (Deutsche Volkspartei) weist in zwei Aufzügen darauf hin, daß eine Besondere von einem Marokkaner auf dem Wege bei Neuß, und daß ferner Geburtenangestellte von Belgien überfallen worden sind. In einer weiteren Anfrage stellt der Abgeordnete von Schöch fest, daß zwei französische Soldaten kürzlich einen Raubüberfall auf einen Bismarcker in Düsseldorf verübt haben, und daß der Inhaber einer Wiesbadener Kohlenhandlung durch den Verräter eines Marokkaners schwer verletzt worden ist.

Abg. Dr. Dermann (Bayrische Volkspartei) bringt folgenden

unerhörten Fall französischer Barbarei

zur Sprache. Noch immer wird die achtzehnjährige Tochter Mariette des Arbeiters Heymann in Köln in Frankreich zurückgehalten, nachdem im Jahre 1915 die Mutter und 1918 der Vater aus dem französischen Interniertenlager über die Schweiz ausgewandert sind. Im August 1914, als die reichsdeutsche Familie Heymann plötzlich 65 Kilometer zum Interniertenlager marschieren mußte, bereitete die im gleichen Hause wohnende französische Familie Demanque auf ihre dringende Bitte hin das neun Monate alte Mädchen bei sich. Alle Bemühungen der Eltern, ihr eigenes Kind zurückzuerhalten, blieben erfolglos. Die französische Familie fordert plötzlich mit Unterhütung der französischen Regierung 5000 Franken Pfand, 60 Franken pro Monat und behält bis zur Auszahlung dieser Summe das Kind in Ranch zurück. Das Auswärtige Amt und die deutsche Botschaft in Paris erklären, für die Zurückhaltung des Kindes nichts mehr tun zu können.

Legationsrat von Schöngier: Das Auslieferungungsverfahren ist von der deutschen Botschaft auf das ener-

gischste betrieben worden. Die französische Regierung hat bisher den Vorstellungen keine Folge gegeben (hört, hört). Zugewiesen hat die französische Regierung Herausgabe aller deutschen Kinder, die sich noch in Frankreich befinden, angeordnet. Die Botschaft hat nunmehr neue Schritte zur Freilassung dieses Kindes eingeleitet.

Das „Ultimatumverjüngungsgesetz“, das die Verjüngung der infolge der Annahme des Ultimatus vom 5. Mai 1921 entlassenen Soldaten regelt, wird dem Ausschusse für Verjüngungssachen überwiefen.

Es folgt die erste Beratung des fünften Nachtragsetats zum Reichshaushaltsplan. Durch diese Vorlage sollen u. a.

widerrussische Wirtschaftsbüchsen an Beamte

u. a. in Orten mit besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen gewährt werden.

Abg. Dr. Herz (Unabh. Soz.) richtet heftige Angriffe gegen die Landwirte, die sich der Abg. Schiele (Deutschnational) warm annehmen. Seine Ausführungen spielen in dem Gedanken, daß die nächste Ernte freigegeben werden könne. (Sehr richtig, rechts.) Alle Preise seien gestiegen, nur der Landwirt dürfe keine höheren Preise nehmen. Die deutsche Landwirtschaft habe dadurch Schädigungswerte 8 bis 10 Milliarden eingestiftet. Hätten wir freie Wirtschaft, dann würde das Wort nur 5,40 Mark kosten statt 14 Mark. (Hört! hört! rechts.) Das allein betreibende Wort heißt eben: freie Wirtschaft!

Reichsernährungsminister Dr. Dermos: Nach dem Stande vom 20. Februar ist die abgelieferte Getreidemenge 2 250 000 Tonnen. Ich hoffe, daß das ganze Umlagegottl bereitkommt. Es handelt sich um eine große Leistung der deutschen Landwirtschaft, die unter schwierigen Verhältnissen durchgeführt wird. Als Ziel hatte ich nach wie vor fest die baldige Rückkehr der vollen Bewegungsfreiheit der deutschen Landwirtschaft. Aber im gegenwärtigen Augenblick bei der völligen Unübersicht der gesamten Wirtschaftslage kann diese volle Bewegungsfreiheit noch nicht gewährt werden.

Die Vorlage wird dem Hauptausschusse überwiesen. Der Gelegenheitswurf zur Förderung des Wohnungsbaues wird in zweiter Lesung nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen.

Nächste Sitzung: Mittwoch, Tagesordnung: Vorlage über die Ablieferung von Ausfuhrerzeugnissen, Reichsmietengesetz, Förderung des Wohnungsbaues, Haushaltplan.

Preussischer Landtag

Berlin, 21. Februar 1922.

Die zweite Beratung des Kultusetats wird fortgesetzt.

Abg. Dänisch (Soz.): Die Reform ist leider noch nicht bis zum Kern des Universitätsproblems vorgebrungen. Diesen Kern erblicken wir darin, daß die Hochschulen in

engte Verbindung mit den Volksschulen gebracht werden müssen. Der soziale Gemeinschaftsgebanke kann sich nur auswirken auf dem Boden der demokratischen Republik. Wir haben uns deshalb über das klare Bekenntnis des Ministers zu diesem Staat im Ausschuss gefreut. Wir halten an diesem Ministerwort fest, auch wenn er es gestern etwas mobilisierter wollte. Wir hoffen, daß den Worten des Ministers auch die Taten folgen.

Abg. Delge (Dn.): Schulreformer werden immer nötig sein, aber die Bildung eines besonderen Reformauschusses wäre ein unbedeutendes Mißtrauensvotum gegen das Ministerium, dessen Tätigkeit ja immer Reformarbeit sein soll. Der Minister scheint den Koalitionsgebanken anders zu werten, als er seiner Zeit als Abgeordneter tat. Damals verlangte er von einer Koalition auch die Einheit der Gesinnung. Den neuen Staat können wir nicht als den historisch gegebenen anerkennen. Wir können ihm nicht freudig dienen, denn diese kann nur erworben werden. Wir erstreben die Veränderung nur auf gesetzlichem Wege und wollen eine positive Opposition sein, die niemals den Staatsgebanken ablehnt. Die ganze deutsche Jugend soll sich in Turn- und Sportvereinen der körperlichen Erziehung widmen. Es ist aber tief zu bedauern, wenn auch diese Vereine zum Zusammenplatz politischer Verbände gemacht werden, und sozialdemokratische Vereine den Wettbewerb mit anderen ablehnen.

Abg. Münchmeyer (D. Sp.): betont den Rednern der Unabhängigen und Kommunisten gegenüber, der Staat habe auch die höchste Kraft in der Kirche, denn die Kirche führe dem Staat die stiftlichen Kräfte zu, deren er bedürfe. Die Kirche sehe nicht im Dienste einzelner Parteien, sondern sei eine Volksskirche.

Abg. Fint (Z.) verlangt für Hessen-Nassau die Einführung der konfessionellen Schule. Die Mehrheit der Bevölkerung verlange sie trotz des alten nassauischen Rechts, das die Simultanschule als einzige Schulform vorsehe.

Kultusminister Voeltz: Eine Vorlage über die Auflösung der Staatsleistungen an die Kirche ist in Vorbereitung. Die Reichsgründungsfeier an den Schulen dürften nicht mit monarchistischen Ausprägungen auf eine Stufe gestellt werden, selbst wenn dabei der Hochschüler gedacht wird. Die Anknüpfungen gegen das Lehrerkollegium des Hochschülerkongresses haben sich als unbegründet erwiesen.

Abg. Trells, Hannover spricht die Hoffnung aus, daß das kommende Reichsgesetz die christliche Grundlage des Schulinteresses aufrecht erhalten werde. Damit ist der erste Abschnitt der Beratung abgeschlossen. Es folgt der Abschnitt:

Universitäten.

Technische Hochschulen und sonstige wissenschaftliche Anstalten. **Abg. Kuno (Zg.)** bedauert, daß der Geist der Universitäten noch immer nicht dem neuen Staat angepaßt sei. Den neuen staatsrechtlichen Verhältnissen müßte an den Universitäten mehr Aufmerksamkeit in den Vorlesungen gewidmet werden.

Abg. Dr. Schwering (Zg.): An manchen Universitäten machen sich nationalitätliche Strömungen geltend, die mit dem neuen Staat nicht vereinbar sind.

Wir begrüßen es, daß die Deutsche Vorlage mit und nicht gegen die Unabhängigen gemacht werden soll. Wir wünschen eine harte Pleße der preussischen Wissenschaften.

Die Bildung der Universität darf nicht durch Gefährdung der Aufnahmbedingungen herabgesetzt werden.

Abg. Hoffmann (Dn.) bedauert, daß den Universitäten und Hochschulen staatlich nur so wenige Geldmittel zur Verfügung stehen. Zu große Sparbarkeit auf diesem Gebiete würde schädlich sein. Die Vorlage der akademischen Lehrer müßte ein Ende gemacht werden. Den in transitorischer Lage befindlichen Privatdozenten müßte endlich geholfen werden. Die Parteipolitik gehört nicht in die Universität, aber außerhalb der Hörsäle dürfe man nicht die politische Freiheit der Studenten beschränken.

Die Vorlage wird unterbrochen durch die am Sonntagabend zurückgestellten **Wahlmengen über die unabhängig-kommunistischen Vorschläge zum Eisenbahnerrecht.**

Der Antrag Leid, gegen den Berliner Polizeipräsidenten ein Verfahren wegen Amtsübergriffung einzuleiten, wird in namentlicher Abstimmung mit 240 gegen 39 Stimmen abgelehnt. (Münchmeyer bei den Komm.) Mit 244 gegen 38 Stimmen wird auch der kommunistische Antrag abgelehnt.

Dr. Finckel (D. Sp.) betreibt, daß im alten Staate nur die Söhne der Reichen die Universität besuchen konnten. Die Söhne des kleinen Mittelstandes und der Arbeiter seien in der Mehrheit gewesen. Die Anforderungen an die Dozenten und Studenten dürften jetzt nicht herabgesetzt werden. Der Redner wünscht eine innigere Verbindung zwischen technischer Hochschule und Universität. Wichtig sei ein größeres Verständnis der Arbeiter und Angestellten für das Wesen des Studenten, damit das Simultanklassenverhältnis des Standes aus der Vorstellung der Klasse verschwindet. Ich hoffe, daß der Geist von Rostock an den deutschen Universitäten zur Höhe führen wird. (Beif.)

Abg. Dr. Ehl (Komm.) lehnt eine Berufsteilnahme der Ausländer an der Universität ab. Es sei traurig, daß die ersten Rechten der Wissenschaft durch die Anhänger des Geistes von Rostock an den deutschen Universitäten fortgegraut würden.

Präsident Geiner widmet dem verstorbenen Abgeordneten Schauer einen kurzen Nachruf.

Weiterberatung Mittwoch.

Politische Rundschau

Das Verderben zahlreicher Güter durch den Eisenbahnerrecht veranlaßte die deutsch-nationalen **Abg. Dr. Wienbeck, Graef-Bähring, Wacmüt** und Genossen zu folgender Anfrage im Reichstag: „Durch den Eisenbahnerrecht sind eine große Menge von Gütern, namentlich Lebensmitteln, Tafelwasser, Spirituosen, lebendes Vieh usw. verdorben und vernichtet worden. Nicht nur Kostbarkeiten zur Erhaltung derartiger Güter waren vielfach eingeleitet worden, sondern auch um ihr Eigentum besorgten Abnehmern und Empfängern gelang es meist auch nicht, den Verbleib der Güter festzustellen und selbst für die Erhaltung zu sorgen, weil auch die zuständigen Aufsichtsbearbeiter den Dienst verlassen hatten. Von den Geschädigten sind sofort Schadenersatzansprüche an die Eisenbahnerverwaltungen gestellt worden. Die bisherigen Auskünfte lassen aber befürchten, daß der Eisenbahnerrecht seine Haftung für die Strafschäden nicht ohne weiteres anerkennt, sondern es zu langwierigen, kostspieligen gerichtlichen Auseinandersetzungen kommen lassen

will. Wir fragen daher an, welche Schritte die Reichsregierung ergreifen hat oder ergreifen will, um die Ansprüche schleunigst klarzustellen und zu befriedigen.“

Erhöhung der Gebühren.

Der preussische Staatrat hat an das preussische Staatsministerium den Antrag gerichtet, alle Gebühren die im Gebiete der gesamten Staatsverwaltung zur Erhebung, entsprechend dem gesamten Geldwerte, zu erhöhen.

Aufenthaltssteuer für Ausländer.

Die Zentrale der Hausfrauenvereine in Groß-Berlin hat an den Berliner Magistrat eine Eingabe gerichtet, in der sie im Interesse der städtischen Finanzen empfiehlt, von allen Ausländern eine Aufenthaltssteuer von 1000 M. (monatlich) pro Person zu erheben, wenn diese Ausländer sich länger als 5 Tage in Berlin aufhalten. In München ist eine solche Steuer bereits mit gutem Erfolge eingeführt worden. Ferner empfiehlt sie eine Sondersteuer für Speisen und Getränke, deren Zugangscharakter zweifellos klar sei. Sie weist darauf hin, daß dabei besonders der französische Zelt in Frage kommen müßte, der 1000 Mark pro Nacht kosten soll, ferner Trüffel, die mit 650 Mark das Pfund bezahlt werden, Ananas, die mit 350 Mark bezahlt werden und Kavivar, der 1000 Mark das Pfund kostet.

Dänische Hoffnungen auf Wirth und Rathenau.

Die „Neue Nienburger Zeitung“, das nord-schleswigsche Dänenblatt, sagt in ihren Leitartikeln in Nr. 39 vom 16. 22., mit der Entscheidung über das Kabinett Wirth im Reichstagsange über das Schicksal Nord-schleswigs eng zusammen. Sie bezeichnet Wirth als eine Persönlichkeit die man im ganzen Auslande Dänemark eingeschlossen, der man, und Rathenau als eine Persönlichkeit von europäischem Ausmaße, als Brücke zum kontinentalen Verständnis und zum Ausgleich mit Frankreich. Nach dem Siege dieser beiden Männer über Nationalismus, Antifemismus und Kapitalismus, welche sich gegen ihre kontinentale Politik verschworen hätten, kann Schleswig (das Blatt sagt nicht Nord-schleswig) auf ein englische und verständige Entscheidung über sein Schicksal hoffen, denn mit diesen Männern wird Dänemark vertrauensvoll zusammenarbeiten und Deutschland sich unter ihrer Leitung nicht auf überspannte Forderungen festlegen. Den Grenzdebatten aber wird es gelingen, eine dänische Meinung in Schleswig vorzumaßen, die nach beiden Seiten einwand zwingend wirkt. Jeder müsse man fürchten, daß Deutschland als Nation und als Volk noch weit von der Richtung Wirths und Rathenaus entfernt sei; im Reichstag finde Dr. Wirth kaum eine Mehrheit und im Volke schon garnicht, und es gebe keine Möglichkeit sie vollständig zu machen, da sie als Günstlinge der Militären, besonders Frankreichs, und damit als heimliche Schädlinge gelten. Ohne Liebe und Zuneigung im Volke gehe es nicht, besonders, da dem deutschen Militarismus — Gott sei Dank! — sagen die Dänen — das Nüchtern gebroden sei. Für die schleswigschen Dänen sei somit die Lage, die sich vom Wirth aus in Deutschland entwickeln könne, und die sie als Schicksal gebend für ganz Schleswig ansehen, nicht gleichgültig. Die Freude dieser Deutschfreunde wird natürlich groß sein!